

NOMOSKOMMENTAR

Schröter | Klotz | von Wendland [Hrsg.]

Europäisches Wettbewerbsrecht

3. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Prof. Dr. h.c. Helmuth Schröter
Robert Klotz | Bernhard von Wendland [Hrsg.]

Europäisches Wettbewerbsrecht

3. Auflage

Dr. Rafael Aigner | RiLG **Dr. Ulrich Bartl**, LL.M. Eur., LL.M. (Columbia) | RAin **Laura Melusine Baudenbacher** | **Prof. Dr. Rainer Becker**, LL.M. (McGill) | **Dr. Andreas Bergmann** | **Dr. Niklas Brüggemann** | **Dr. Céline Chazelas-Baur** | **Prof. Dr. Daniel Dittert**, Licencié en droit (Université Paris II, Panthéon-Assas) | **Dr. Rüdiger Dohms**, LL.M. | **Dr. Beata Dziechciarz** | **Friedrich Erlbacher** | **Dr. Hans W. Friederiszick** | **Philipp Gasparon** | RA **Anton Gerber**, LL.M. | RA **Sebastian Gerber**, LL.M. (King's College London) | **Marcel Haag**, LL.M. | **Dr. Nicole Hacker** | RA **Oliver Heinisch** | RA **Simon Hirsbrunner**, lic. en droit, LL.M. (Exeter), DHEE (College of Europe) | RA **Dr. Michael Hofmann**, LL.M. | **Dr. Johannes Holzwarth**, LL.M. (Chicago) | RAin **Kim-Simone Janutta** | **Fabian Kaisen** | **Dr. Manuel Kellerbauer**, Maître en Droit International et Européen | **Philip Kienapfel**, LL.M. (Columbia) | RA **Dr. Max Klasse** | RA **Robert Klotz**, D.E.A. (Montpellier) | RA **Dr. Sebastian Konrads**, LL.M. | **Dr. James Kröger**, LL.M. (London) | Mag. (FH) **Mag. Dr. Josefine Kuhlmann**, LL.M. | RA **Bernhard C. Lauterburg** | RAin **Valentine Lemonnier**, LL.M. (Brüssel) | **Prof. Tim Maxian Rusche**, Docteur en droit, MPA (Harvard), LL.M. (Köln/Paris) | **Dr. Dr. Wolfgang Mederer** | **Dr. Gerald Miersch**, LL.M. | **Dr. Wolfgang Müller** | **Dr. Agnieszka Nowakowska-Xenakis** | **Johannes Persch**, LL.M. (Chicago) | **René Plank**, LL.M. | **Dr. Jean-Christophe Puffer-Mariette**, LL.M. | RA **Dr. Stefan Rating**, MCI Arb | **Dr. Simone Ritzek-Seidl** | **Michael Sánchez Rydelski** | **Dr. Ralf Sauer**, LL.M. | **Prof. Dr. h.c. Helmuth Schröter** | RAin **Maria Jesus Segura Catalán**, LL.M. Eur. | **Dr. Yvonne Simon**, LL.M. | **Markus Spörer** | **Hanna Standtke** | **Dr. Oliver Stehmann** | **Dr. Satish Sule**, LL.M. Eur. | **Stepan Svoboda** | RAin **Ramona Tax** | **Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte** | **Prof. Dr. Dimitris Triantafyllou** | RA **Prof. Dr. Robin van der Hout**, LL.M. | RA **Dr. Philipp Voet van Vormizeele** | RA **Jan Vollkammer** | **Christian Vollrath**, LL.M. (London), Maîtrise en Droit (Montpellier) | RA **Dr. Christian von Köckritz** | **Bernhard von Wendland** | RA **Dr. Christian Wagner** | RA **Michael Jürgen Werner**, LL.M. (King's College London) | RA **Dr. Rainer Wessely**, LL.M. | **Thomas Wiese** | **Bernhard Windisch** | RA **Prof. Dr. Philipp Zurkinder**



Nomos

Zitiervorschlag: Schröter/Klotz/von Wendland/Bearbeiter AEUV Art. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6325-2

3. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe ist ein Jahrzehnt vergangen. In dieser Zeit hat sich die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union in nahezu allen Bereichen stark gewandelt. Schwerwiegende weltweite politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen haben zu großen Herausforderungen auch für das Wettbewerbsrecht geführt. Darauf haben die EU-Institutionen mit zahlreichen Reformen und geänderten Prioritäten reagiert. So kam es zum Erlass mehrerer vollständig neuer Regelungen und auch die Anwendungspraxis der Kommission sowie die Rechtsprechung der Unionsgerichte führten zu bedeutsamen Rechtsentwicklungen.

Die Wettbewerbspolitik wird bereits seit einiger Zeit von einer stark wirtschaftlichen Betrachtungsweise geprägt, die die ursprüngliche eher regelbasierte Anwendungspraxis zurückdrängte bzw. veränderte. Hinzu kamen zuletzt bedeutsame gesellschaftsbezogene Fragestellungen wie Umweltschutz, Klimawandel, Verbraucherrechte, soziale Fairness, Arbeitsmärkte, Digitalisierung und Versorgungssicherheit. In diesem erweiterten Umfeld wuchs deutlich die Erwartungshaltung auch an das Wettbewerbsrecht, zentrale Anliegen unserer Zeit zu fördern. Die Neuauflage des Kommentars greift diese Entwicklungen auf und stellt sie in den Zusammenhang des geltenden Wettbewerbsrechts.

Im Bereich der Kartellaufsicht nach Artikel 101 ist ein deutlicher Trend zur privaten Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen zu verzeichnen. Diese Entwicklung wurde von der EU bereits 2014 mit einer gesonderten Richtlinie erheblich gefördert. Diese wurde mittlerweile in allen Mitgliedstaaten umgesetzt und führte zu bedeutsamen Veränderungen im Zivil- und Zivilprozessrecht. Neu geregelt wurden die Gruppenfreistellungsverordnungen für horizontale und vertikale Vereinbarungen mit den jeweiligen Leitlinien. Diese Reformen greifen einige der o.g. Fragen auf, wie zB die Bewertung restriktiver Vereinbarungen zur Förderung nachhaltiger Ziele, oder auch die Zulässigkeit bestimmter Beschränkungen im Licht der gestiegenen Bedeutung des Online-Handels.

Bei der Missbrauchsaufsicht waren im Vergleich dazu weniger Reformen zu verzeichnen. Einige Anpassungen stehen jedoch kurz bevor, zB die Mitteilungen der Kommission zur Marktdefinition und zu den Durchsetzungsprioritäten bei Artikel 102. Zudem stieg die Anzahl bedeutender Verfahren mit hohen Geldbußen oder einschneidenden Verpflichtungszusagen und entsprechender Gerichtsurteile in letzter Zeit erheblich. Dennoch verblieb es, z.B. im Bereich digitaler Plattformen, nach verbreiteter Auffassung bei einem Durchsetzungsdefizit. Um dieses zu beheben, wurde nunmehr mit dem Digital Markets Act (DMA) eine strikte Vorabregulierung eingeführt, die zwar vergleichbare Ziele wie die Missbrauchsaufsicht, aber deutlich unterschiedliche Instrumente aufweist. All diese Entwicklungen werden im Kommentar eingehend erläutert.

Deutlich zugenommen hat seit der Voraufgabe auch die Bedeutung der sektorspezifischen Regulierung in anderen netzgebundenen Wirtschaftszweigen, u.a. elektronische Kommunikation und Energie. Dies erfolgt auf der Basis einer sehr detaillierten EU-Gesetzgebung, die sich teilweise mit der allgemeinen Wettbewerbsaufsicht überschneidet. Auch diese Entwicklungen begleitet die Neuauflage.

Das Fusionskontrollrecht der EU wurde als solches ebenfalls nur geringfügig geändert, jedoch ergaben sich auch hier in der Anwendungspraxis und der Rechtsprechung wichtige Veränderungen, die im Rahmen der jeweiligen Kommentierungen vertieft dargestellt werden. Zuletzt kam es zum Erlass ergänzender Regelungen, auch in Reaktion auf weltweite protektionistische Tendenzen, insbesondere im Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen (2019) und (2023) drittstaatliche Subventionen, ergänzt. Diese Neuregelungen werden in der Neuauflage erstmalig analysiert.

Bei der Beihilfenkontrolle musste die Kommission auf den Klimawandel, die sich verschärfenden globalen Marktverzerrungen, die offenkundig gewordenen Schwächen in strategischen Lieferketten

ten, die Aufholjagd bei der Digitalisierung und den starken Anstieg der Energiekosten, Betriebsmittelpreise und Zinssätze reagieren. Zahlreiche Beihilfavorschriften wurden daher angepasst:

Die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung wurde wesentlich überarbeitet, um Investitionen in den ökologischen und den digitalen Wandel und den Zugang zu den dafür benötigten Finanzierungsmitteln zu beschleunigen, die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine zu bewältigen und zur Erholung der europäischen Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie beizutragen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich diese Verordnung zum zentralen Instrument entwickelt: Abgesehen von Krisenbeihilfen werden rund 93% aller neu eingeführten Beihilfemaßnahmen auf diesem Weg freigestellt.

Die Bedingungen für die weiterhin anmeldepflichtigen Beihilfen wurden ebenfalls umfangreich aktualisiert. Zum Beispiel wurden die für Regionalbeihilfen zulässigen Beihilfeshöchstintensitäten angehoben. Der Klimaschutz (Green Deal) spielt nun eine prominente Rolle, was sich vor allem in den neuen Leitlinien für Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfen 2022 widerspiegelt. Hinzu kamen neue Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (2023) und vielfache Änderungen im Bereich der Agrar- und Fischereibeihilfen (2022). Auch der Unionsrahmen für Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen wurde 2022 an aktuelle technologische Entwicklungen und Marktentwicklungen angepasst.

Zugenommen hat die Bedeutung massiver Beihilfen für wichtige industrielle Großvorhaben "von gemeinsamem europäischem Interesse", deren Leitlinien ebenfalls überarbeitet wurden. Nicht zuletzt als Antwort auf massive Subventionsprogramme in den USA und China räumte die Kommission neue, befristete Möglichkeiten ein, Investitionsbeihilfen in bestimmten, für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft wichtigen Sektoren zu gewähren. Schließlich stellten zahlreiche Urteile der Unionsgerichte weitere Facetten des Beihilfebegriffs klar, beispielsweise zur wirtschaftlichen Tätigkeit oder zur Abwägungsprüfung der Kommission.

Alle skizzierten Entwicklungen des letzten Jahrzehnts werden in der 3. Auflage komplett und detailliert präsentiert. Nahezu alle Kommentierungen wurden dazu entweder erheblich überarbeitet oder sogar neu geschrieben. Dabei wurde, wie, schon in den Voraufgaben, stets eine detaillierte Darstellung der gegenwärtigen Rechtslage und zugleich eine wissenschaftliche Vertiefung angestrebt. Dies schließt eine kritische Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung der Unionsgerichte und der Anwendungspraxis der Kommission notwendigerweise ein.

Unser besonderer Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, die durch ihre Beiträge die Neuauflage dieses Kommentars erst möglich gemacht haben. Sie vertreten jeweils nur ihre persönliche Auffassung, nicht aber die Auffassung der Institution, in deren Dienst sie stehen.

Zu großem Dank sind wir auch allen an diesem Großprojekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Nomos-Verlags verpflichtet, die durch ihre unermüdliche kompetente Hilfe die Verwirklichung dieses Werks entscheidend vorangetrieben haben.

Brüssel, im November 2023

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	17
Allgemeines Literaturverzeichnis	23
Abkürzungsverzeichnis	33

1. Teil Grundlagen

A. Institutioneller Rahmen der Wettbewerbspolitik in der Europäischen Union	45
I. Von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union	45
II. Die Rechtsordnung der Europäischen Union	48
III. Die Organe der Europäischen Union	68
IV. Funktionen der einzelnen Unionsorgane und der Mitgliedstaaten in der Wettbewerbspolitik	70
B. Allgemeine Grundsätze – Vorbemerkungen zu den Artikeln 101 bis 109 AEUV	77
I. Die Wettbewerbsregeln der Union	78
II. Wettbewerbspolitik der Union	89
C. Die Rolle ökonomischer Analysen bei der Durchsetzung europäischen Kartellrechts	145
I. Einleitung	148
II. Eine kurze Geschichte des verfeinerten ökonomischen Ansatzes in der europäischen Wettbewerbskontrolle	148
III. Wesentliche Konzepte ökonomischer Analysen	152
IV. Recht & Ökonomie – Wichtige Schnittstellen	156
V. Aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte	164
VI. Schlussbemerkung	186

2. Teil Die Wettbewerbsregeln für Unternehmen

A. Vorbemerkungen zu den Artikeln 101 bis 105 AEUV	192
I. Primäres und sekundäres Unionsrecht	192
II. Geltungsbereich	207
III. Anwendung auf Unternehmen in Drittstaaten	243
IV. Verhältnis zum Wettbewerbsrecht der Mitgliedstaaten	269
B. Artikel 101 AEUV – Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	275
I. Allgemeine Grundsätze	278

II. Kartellverbot (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	293
III. Zivilrechtsfolgen von Verstößen gegen das Kartellverbot (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	405
IV. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	428
V. Fallgruppen	485
C. Artikel 102 AEUV – Verbot des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung	781
I. Einführung	789
II. Beherrschende Stellung	821
III. Relevanter Markt	856
IV. Beherrschung des Binnenmarktes oder eines wesentlichen Teils desselben	875
V. Missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung	877
VI. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	988
D. Artikel 103 AEUV – Durchführungsvorschriften	995
I. Verhältnis zu den Art. 101 und 102 AEUV	995
II. Ermächtigung zum Erlass von Durchführungsvorschriften (Art. 103 Abs. 1 AEUV)	998
III. Inhalt der Durchführungsvorschriften	1005
E. Artikel 104 AEUV – Übergangsbestimmung	1019
I. Allgemeine Bedeutung und Zweck	1019
II. Auslegung	1021
F. Artikel 105 AEUV – Befugnisse der Kommission	1025
I. Allgemeine Bedeutung und Zweck	1025
II. Anwendung auf Einzelfälle	1028
III. Rechtsetzung	1033

3. Teil

Verordnungen zur Durchführung der Artikel 101 und 102 AEUV

A. Verordnung (EG) Nr. 1/2003	1035
Einleitung	1035
Kapitel I Grundsätze	
Artikel 1 Anwendung der Artikel 81 und 82 des Vertrags	1044
Artikel 2 Beweislast	1054
Artikel 3 Verhältnis zwischen den Artikeln 81 und 82 des Vertrags und dem einzelstaatlichen Wettbewerbsrecht	1060

**Kapitel II
Zuständigkeit**

Artikel 4	Zuständigkeit der Kommission	1067
Artikel 5	Zuständigkeit der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	1069
Artikel 6	Zuständigkeit der Gerichte der Mitgliedstaaten	1077

**Kapitel III
Entscheidungen der Kommission**

Artikel 7	Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen	1082
Artikel 8	Einstweilige Maßnahmen	1105
Artikel 9	Verpflichtungszusagen	1111
Artikel 10	Feststellung der Nichtanwendbarkeit	1121

**Kapitel IV
Zusammenarbeit**

Artikel 11	Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	1127
Artikel 12	Informationsaustausch	1142
Artikel 13	Aussetzung und Einstellung des Verfahrens	1153
Artikel 14	Beratender Ausschuss	1162
Artikel 15	Zusammenarbeit mit Gerichten der Mitgliedstaaten	1175
Artikel 16	Einheitliche Anwendung des gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsrechts	1206

**Kapitel V
Ermittlungsbefugnisse**

Artikel 17	Untersuchung einzelner Wirtschaftszweige und einzelner Arten von Vereinbarungen	1222
Artikel 18	Auskunftsverlangen	1238
Artikel 19	Befugnis zur Befragung	1244
Artikel 20	Nachprüfungsbefugnisse der Kommission	1248
Artikel 21	Nachprüfungen in anderen Räumlichkeiten	1256
Artikel 22	Ermittlungen durch Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	1266

**Kapitel VI
Sanktionen**

Artikel 23	Geldbußen	1268
Artikel 24	Zwangsgelder	1358

**Kapitel VII
Verjährung**

Artikel 25	Verfolgungsverjährung	1365
Artikel 26	Vollstreckungsverjährung	1374

**Kapitel VIII
Anhörungen und Berufsgeheimnis**

Artikel 27	Anhörung der Parteien, der Beschwerdeführer und sonstiger Dritter	1377
Artikel 28	Berufsgeheimnis	1402

Kapitel IX	
Freistellungsverordnungen	
Artikel 29	Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen 1411
Kapitel X	
Allgemeine Bestimmungen	
Artikel 30	Veröffentlichung von Entscheidungen 1413
Artikel 31	Nachprüfung durch den Gerichtshof 1416
Artikel 32	(aufgehoben) 1426
Artikel 33	Erlass von Durchführungsvorschriften 1427
Kapitel XI	
Übergangs-, Änderungs- und Schlussbestimmungen	
Artikel 34	Übergangsbestimmungen 1428
Artikel 35	Bestimmung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten 1429
Artikel 36	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 1432
Artikel 37	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2988/74 1433
Artikel 38	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 1433
Artikel 39	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 1434
Artikel 40	Änderung der Verordnungen 19/65/EWG, (EWG) Nr. 2821/71 und (EWG) Nr. 1534/91 1435
Artikel 41	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3976/87 1435
Artikel 42	Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 479/92 1436
Artikel 43	Aufhebung der Verordnungen Nrn. 17 und 141 1436
Artikel 44	Berichterstattung über die Anwendung der vorliegenden Verordnung 1437
Artikel 45	Inkrafttreten 1438
B. Die EU-Kartellschadensersatzrichtlinie 1439
Allgemeine Vorbemerkungen 1439
Kapitel I	
Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	
Artikel 1	Gegenstand und Anwendungsbereich 1448
Artikel 2	Begriffsbestimmungen 1449
Artikel 3	Recht auf vollständigen Schadensersatz 1452
Artikel 4	Effektivitäts- und Äquivalenzgrundsatz 1452
Kapitel II	
Offenlegung von Beweismitteln	
Vorbemerkungen zur Offenlegung von Beweismitteln 1454
Artikel 5	Offenlegung von Beweismitteln 1455
Artikel 6	Offenlegung von Beweismitteln, die in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind 1463
Artikel 7	Beschränkungen für die Verwendung von allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangten Beweismitteln 1470
Artikel 8	Sanktionen 1473

Kapitel III	
Wirkung nationaler Entscheidungen, Verjährung, Gesamtschuldnerische Haftung	
Artikel 9	Wirkung nationaler Entscheidungen 1475
Artikel 10	Verjährung 1480
Artikel 11	Gesamtschuldnerische Haftung 1484
Kapitel IV	
Abwälzung des Preisaufschlags	
Artikel 12	Abwälzung des Preisaufschlags und Recht auf vollständigen Schadensersatz ... 1491
Artikel 13	Einwendung der Abwälzung des Preisaufschlags 1495
Artikel 14	Mittelbare Abnehmer 1497
Artikel 15	Schadensersatzklagen von Klägern verschiedener Vertriebsstufen 1500
Artikel 16	Leitlinien für nationale Gerichte 1502
Kapitel V	
Ermittlung des Schadensumfangs	
Artikel 17	Ermittlung des Schadensumfangs 1503
Kapitel VI	
Einvernehmliche Streitbeilegung	
Artikel 18	Aufschiebende und sonstige Wirkungen der einvernehmlichen Streitbeilegung 1507
Artikel 19	Wirkung von Vergleichen auf anschließende Schadensersatzklagen 1509
Kapitel VII	
Schlussbestimmungen	
Artikel 20	Überprüfung 1511
Artikel 21	Umsetzung 1513
Artikel 22	Zeitliche Geltung 1514
Artikel 23	Inkrafttreten 1516
Artikel 24	Adressaten 1516
C. Richtlinie (EU) 2019/1 1517
I. Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen 1517
II. Unabhängigkeit und Ressourcen der nationalen Wettbewerbsbehörden 1520
III. Befugnisse 1523
IV. Geldbußen u. Zwangsgelder 1526
V. Kronzeugenprogramme 1530
VI. Amtshilfe, Verjährungsfristen, allgemeine Bestimmungen und Schlussbestimmungen 1534
D. Durchführungsvorschriften für den Bereich des Verkehrs 1541
I. Einführung 1542
II. Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehr 1545
III. Seeverkehr 1563
IV. Luftverkehr 1594

E. Vorschriften für den Bereich der Landwirtschaft	1633
I. Grundsätzliche Anwendbarkeit der Wettbewerbsregeln	1633
II. Ausnahmen aus dem Kartellverbot des Art. 101 AEUV	1636
III. Anwendung vom Art. 102 AEUV im Agrarsektor	1652
IV. Zuständigkeiten und Verfahren	1653

4. Teil Fusionskontrolle

A. Einleitung	1655
I. Entstehungsgeschichte	1655
II. Änderungsverordnung von 1998	1655
III. Neufassung von 2004	1656
IV. Rechtsgrundlage	1656
V. Grundlegende Prinzipien der Fusionskontrollverordnung	1657
VI. Aufbau der Fusionskontrollverordnung	1657
VII. Fallpraxis	1658
B. Fusionskontrolle in den Mitgliedstaaten	1661
I. Rechtsvergleichende Übersicht	1661
II. Die Fusionskontrollregeln der einzelnen Mitgliedstaaten	1665
C. Verordnung (EG) Nr. 139/2004	1715
Artikel 1 Anwendungsbereich	1715
Artikel 2 Beurteilung von Zusammenschlüssen	1729
Artikel 3 Definition des Zusammenschlusses	1851
Artikel 4 Vorherige Anmeldung von Zusammenschlüssen und Verweisung vor der Anmeldung auf Antrag der Anmelder	1879
Artikel 5 Berechnung des Umsatzes	1902
Artikel 6 Prüfung der Anmeldung und Einleitung des Verfahrens	1919
Artikel 7 Aufschub des Vollzugs von Zusammenschlüssen	1930
Artikel 8 Entscheidungsbefugnisse der Kommission	1938
Artikel 9 Verweisung an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten	1976
Artikel 10 Fristen für die Einleitung des Verfahrens und für Entscheidungen	1992
Artikel 11 Auskunftsverlangen	2000
Artikel 12 Nachprüfungen durch Behörden der Mitgliedstaaten	2003
Artikel 13 Nachprüfungsbefugnisse der Kommission	2004
Artikel 14 Geldbußen	2006
Artikel 15 Zwangsgelder	2012
Artikel 16 Kontrolle durch den Gerichtshof	2012
Artikel 17 Berufsgeheimnis	2015
Artikel 18 Anhörung Beteiligter und Dritter	2024
Artikel 19 Verbindung mit den Behörden der Mitgliedsstaaten	2042

Artikel 20	Veröffentlichung von Entscheidungen	2050
Artikel 21	Anwendung dieser Verordnung und Zuständigkeit	2055
Artikel 22	Verweisung an die Kommission	2078
Artikel 23	Durchführungsbestimmungen	2091
Artikel 24	Beziehungen zu Drittländern	2093
Artikel 25	Aufhebung	2094
Artikel 26	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	2095
D. Verordnung (EU) Nr. 2019/452 über ausländische Direktinvestitionen		2099
I.	Einführung	2100
II.	Das EU-Primärrecht und die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen	2103
III.	Die ADI-VO	2107
IV.	Verwandte Instrumente	2116

5. Teil

Pflichten der Mitgliedstaaten zur Wahrung der EU-Wettbewerbsregeln

A. Artikel 106 AEUV – Öffentliche Unternehmen; Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse		2119
I.	Regelungszweck	2121
II.	Maßnahmen der Mitgliedstaaten gemäß Art. 106 Abs. 1 AEUV	2122
III.	Ausnahme gemäß Art. 106 Abs. 2 AEUV	2134
IV.	Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 106 Abs. 1 und 2 AEUV	2140
V.	Aufgaben und Befugnisse der Kommission	2141
VI.	Richtlinien gemäß Art. 106 Abs. 3 AEUV	2143
VII.	Beschlüsse gemäß Art. 106 Abs. 3 AEUV	2153
B. Regulierte Sektoren		2165
I.	Wettbewerbsaufsicht in regulierten Sektoren	2166
II.	Regulierung und Wettbewerbsaufsicht in der Elektronischen Kommunikation	2170
III.	Regulierung und Wettbewerbsaufsicht im Energiesektor	2199
IV.	Schienentransport	2219
V.	Postsektor	2222
VI.	Digitale Plattformen	2224
C. „Effet utile“ (Art. 3 Abs. 3 EUV iVm Protokoll Nr. 27, Art. 4 Abs. 3 EUV)		2237
I.	Einleitung	2237
II.	Fallgruppen	2242
III.	Unmittelbare Anwendbarkeit und Rechtsdurchsetzungsverfahren gegen den Staat	2250
IV.	Verhältnis zu anderen Normen	2253

D. Verordnung (EU) 2022/2560 über drittstaatliche Subventionen	2255
I. Einleitung	2255
II. Hintergrund	2256
III. Kernregelungen der Verordnung	2257
IV. Die drei Instrumente	2265
V. Verhältnis zu völkerrechtlichen Verpflichtungen	2271

6. Teil

Vorschriften über staatliche Beihilfen – Artikel 107 bis 109 AEUV

A. Vorbemerkungen zu den Artikeln 107 bis 109 AEUV	2273
I. Allgemeines	2274
II. Beihilfen der Europäischen Union	2280
III. Geltungsbereich der Beihilfenbestimmungen	2281
IV. Aktuelle Entwicklungen im europäischen Beihilfenrecht	2282
V. Verhältnis der Beihilferegeln der Art. 107–109 zu anderen Vorschriften des AEUV	2284
B. Artikel 107 AEUV – Beihilfeverbot; Ausnahmen	2289
I. Grundsatz der Unvereinbarkeit mit Ausnahmeverbehalt	2291
II. Allgemeines zum Beihilfegriff	2293
III. Die einzelnen Beihilfekriterien	2299
IV. Vorliegen einer staatlichen Beihilfe bei Infrastrukturfinanzierung; allg. Prüfkriterien	2351
V. Mit dem Binnenmarkt kompatible Beihilfen (Art. 107 Abs. 2 AEUV)	2359
VI. Ausnahmen nach Art. 107 Abs. 3 AEUV	2368
C. Wirtschaftsbereiche mit besonderen Beihilfenvorschriften	2821
I. Beihilfenvorschriften für die Landwirtschaft	2822
II. Staatliche Beihilfen im Verkehrssektor	2883
III. Die öffentliche Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	2943
D. Staatliche Transaktionen und besondere Beihilfeinstrumente	2967
I. Staatliche Kapitalzuführungen	2968
II. Finanzielle Transfers an öffentliche Unternehmen, Transparenz-RL, Quersubventionen	2973
III. Staatliche Verkäufe	2977
IV. Staatliche Darlehen, Garantien und Bürgschaften	2983
V. Steuerliche Beihilfen	2991
VI. Ausfuhrbeihilfen und Beihilfen im Bereich von Exportkreditversicherungen	3000

E. Artikel 108 AEUV und Verordnung (EU) Nr. 2015/1589 – Verfahrensvorschriften ..	3005
I. Einführung	3006
II. Angemeldete Beihilfen – Vorläufige Prüfung	3010
III. Angemeldete Beihilfen – Förmliches Prüfverfahren	3014
IV. Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen	3016
V. Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen	3023
VI. Verfahren bei bestehenden Beihilferegulungen	3023
VII. Rechte Dritter	3027
VIII. Begründung von Entscheidungen	3029
IX. Widerruf von Entscheidungen	3030
X. Veröffentlichung von Entscheidungen	3030
XI. Überwachungsrechte der Kommission	3031
XII. Rechtsschutz im Beihilfeverfahren vor den europäischen Gerichten	3031
XIII. Beschluss durch den Rat in Einzelfällen	3042
XIV. Die Rolle der nationalen Gerichte	3047
F. Artikel 109 AEUV – Erlass von Durchführungsverordnungen	3053
I. Die Befugnisse des Rates nach Art. 109 AEUV und das Verfahren	3053
II. Praktische Anwendung	3055

7. Teil

Wettbewerbsregeln in internationalen Abkommen

A. Vorbemerkungen	3062
B. Völkerrechtliche Abkommen mit Drittstaaten	3067
I. Das EWR-Abkommen	3067
II. Abkommen über die Zusammenarbeit von Wettbewerbsbehörden und weitere bilaterale Kooperationsbeziehungen	3072
III. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen	3075
IV. Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft	3081
V. Freihandelsabkommen und weitere bilaterale Abkommen	3088
C. Wettbewerbs- und Subventionsrecht im Handels- und Zusammenarbeitsabkommen EU/VK	3103
I. Allgemeines	3103
II. Kartell- und wettbewerbsrechtliche Regelungen des TCA	3104
III. Subventionsrechtliche Regelungen des TCA	3105
IV. Geltungsbereich und Übergangsvorschriften	3112
V. UK Subsidy Control Act 2022	3112
VI. Irland/Nordirland-Protokoll und Rahmenabkommen von Windsor	3112
Stichwortverzeichnis	3115

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Rafael Aigner

Ökonomischer Berater, Berlin

(1. Teil: Die Rolle ökonomischer Analysen bei der Durchsetzung europäischen Kartellrechts)

Dr. Ulrich Bartl, LL.M. Eur., LL.M. (Columbia)

Prozessbevollmächtigter der Bundesregierung beim EuGH, Richter am Landgericht, Berlin/Köln

(Art. 102 AEUV)

Laura Melusine Baudenbacher

Rechtsanwältin, Präsidentin der Schweizer Wettbewerbskommission, Bern

(7. Teil: Völkerrechtliche Abkommen mit Drittstaaten*)

*Prof. Dr. Rainer Becker, LL.M. (McGill)***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 15, 16 VO 1/2003)

*Dr. Andreas Bergmann***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 107 Abs. 2 AEUV)

*Dr. Niklas Brüggemann***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(4. Teil: Fusionskontrolle in den Mitgliedstaaten)

*Dr. Céline Chazelas-Baur***

Generaldirektion Migration und Inneres, Europäische Kommission, Brüssel

(6. Teil: Staatliche Beihilfen im Verkehrssektor)

*Prof. Dr. Daniel Dittert, Licencié en droit (Université Paris II, Panthéon-Assas)***

Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg

(Art. 8*, Art. 16–18, 20–26 FKVO)

*Dr. Rüdiger Dohms, LL.M.***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(5. Teil: „Effet utile“)

*Dr. Beata Dzięchciarz***

Generaldirektion Landwirtschaft, Europäische Kommission, Brüssel

(6. Teil: Beihilfevorschriften für die Landwirtschaft)

*Friedrich Erlbacher***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 108*, Art. 109 AEUV)

Dr. Hans W. Friederiszick

Ökonomischer Berater, Berlin

(1. Teil: Die Rolle ökonomischer Analysen bei der Durchsetzung europäischen Kartellrechts*)

*Philipp Gasparon***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(7. Teil: Vorbemerkungen; 7. Teil: Abkommen über die Zusammenarbeit von Wettbewerbsbehörden und weitere bilaterale Kooperationsbeziehungen)

Anton Gerber, LL.M.

Rechtsanwalt, Brüssel

(4. Teil: Verordnung (EU) Nr. 2019/452 über ausländische Direktinvestitionen)

Sebastian Gerber, LL.M. (King's College London)

Rechtsanwalt, Brüssel

(6. Teil: Beihilfavorschriften für die Landwirtschaft)

*Marcel Haag, LL.M. ***

Direktor, Generaldirektion Finanzmärkte, Europäische Kommission, Brüssel

(1. Teil: Wettbewerbspolitik der Union*; Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*)

*Dr. Nicole Hacker***

Bundeskartellamt, Bonn

(4. Teil: Einleitung; Art. 2 Abs. 1–3, Art. 11–15, 19 FKVO)

Oliver Heinisch

Rechtsanwalt, London

(Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*)

Simon Hirsbrunner, lic. en droit, LL.M. (Exeter), DHEE (College of Europe)

Rechtsanwalt, Brüssel/Bern

(Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*; Art. 1, 9–10 FKVO)

Dr. Michael Hofmann, LL.M.

Rechtsanwalt, Brüssel

(Art. 4–7, Art. 8* FKVO)

*Dr. Johannes Holzwarth, LL.M. (Chicago)***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 11 VO 1/2003; 3. Teil: Richtlinie (EU) 2019/1)

Kim-Simone Janutta

Rechtsanwältin, Hamburg

(3. Teil: Durchführungsvorschriften für den Bereich des Verkehrs)

*Fabian Kaisen***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 108 AEUV*)

*Dr. Manuel Kellerbauer, Maître en Droit International et Européen***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 27–30 VO 1/2003)

*Philip Kienapfel, LL.M. (Columbia)***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 23–26, 31–45 VO 1/2003)

Dr. Max Klasse

Rechtsanwalt, Berlin

(5. Teil: Verordnung (EU) 2022/2560 über drittstaatliche Subventionen)

Robert Klotz, D.E.A. (Montpellier)

Rechtsanwalt, Brüssel

(1. Teil: Wettbewerbspolitik der Union*; Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*; Art. 106 AEUV;

5. Teil: Regulierte Sektoren)

Dr. Sebastian Konrads, LL.M.

Rechtsanwalt, Mönchengladbach

(3. Teil: Die EU-Kartellschadensersatzrichtlinie)

*Dr. James Kröger, LL.M. (London)***

Gericht der Europäischen Union, Luxemburg

(Art. 107 Abs. 2 AEUV; Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

Mag. (FH) Mag. Dr. Josefine Kuhlmann, LL.M.

FH Burgenland, Eisenstadt

(7. Teil: Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft)

Bernhard C. Lauterburg

Rechtsanwalt, Bern

(2. Teil: Anwendung auf Unternehmen in Drittstaaten; 7. Teil: Freihandelsabkommen und weitere bilaterale Abkommen*)

Valentine Lemonnier, LL.M. (Brüssel)

Rechtsanwältin, Brüssel

(Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

*Prof. Tim Maxian Rusche, Docteur en droit, MPA (Harvard), LL.M. (Köln/Paris)***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(6. Teil: Staatliche Beihilfen im Verkehrssektor)

Dr. Dr. Wolfgang Mederer

Brüssel

(6. Teil: Vorbemerkungen zu den Art. 107–109 AEUV; Art. 107 AEUV*)

*Dr. Gerald Miersch, LL.M.***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 23–26, 31–45 VO 1/2003)

Dr. Wolfgang Müller

Brüssel

(1. Teil: Wettbewerbspolitik der Union*)

*Dr. Agnieszka Nowakowska-Xenakis***

Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission, Brüssel

(6. Teil: Beihilfavorschriften für die Landwirtschaft)

*Johannes Persch, LL.M. (Chicago)***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 13–14 VO 1/2003)

*René Plank, LL.M.***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 7–10 VO 1/2003)

Dr. Jean-Christophe Puffer-Mariette, LL.M.

Gericht der Europäischen Union, Luxemburg

(Art. 1–6 VO 1/2003)

Dr. Stefan Rating, MCI Arb

Rechtsanwalt, Barcelona

(Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*; Art. 2 Abs. 4–5, Art. 3 FKVO)

*Dr. Simone Ritzek-Seidl***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

(7. Teil: Völkerrechtliche Abkommen mit Drittstaaten*)

*Michael Sánchez Rydelski***

Juristischer Dienst, EFTA Überwachungsbehörde, Brüssel

(Art. 107 AEUV*)

*Dr. Ralf Sauer, LL.M.***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 13–14 VO 1/2003)

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. h.c. Helmuth Schröter

Brüssel

(1. Teil: Institutioneller Rahmen der Wettbewerbspolitik in der EU; 1. Teil: Allgemeine Grundsätze*; 2. Teil: Vorbemerkungen zu den Art. 101–105 AEUV*; Art. 101 AEUV*; Art. 103–105 AEUV; 3. Teil: Einleitung zur VO 1/2003)

Maria Jesus Segura Catalán, LL.M. Eur.

Rechtsanwältin, Brüssel

(Art. 107 AEUV*; 6. Teil: Staatliche Transaktionen und besondere Beihilfeinstrumente*)

*Dr. Yvonne Simon, LL.M.***

Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 107 AEUV*)

*Markus Spörer***

Brüssel

(Art. 18–20, 22 VO 1/2003)

*Hanna Standtke***

Bundeskartellamt, Bonn

(Art. 107 Abs. 2 AEUV; Art. 107 Abs. 3 AEUV*; 6. Teil: Die öffentliche Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse)

*Dr. Oliver Stehmann***

Brüssel

(3. Teil: Durchführungsvorschriften für den Bereich des Verkehrs)

*Dr. Satish Sule, LL.M.Eur.***

Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit, Europäische Kommission, Brüssel

(Art. 17 VO 1/2003)

*Stepan Svoboda***

Brüssel

(3. Teil: Vorschriften für den Bereich der Landwirtschaft)

Ramona Tax

Rechtsanwältin, Leuphana Universität, Lüneburg/München

(7. Teil: Wettbewerbs- und Subventionsrecht im Handels- und Zusammenarbeitsabkommen EU/VK)

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte

Leuphana Universität Lüneburg

(6. Teil: Vorbemerkungen zu den Art. 107–109 AEUV; 7. Teil: Freihandelsabkommen und weitere bilaterale Abkommen*; 7. Teil: Wettbewerbs- und Subventionsrecht im Handels- und Zusammenarbeitsabkommen EU/VK)

*Prof. Dr. Dimitris Triantafyllou***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel

(6. Teil: Staatliche Transaktionen und besondere Beihilfeinstrumente*)

Prof. Dr. Robin van der Hout, LL.M.

Rechtsanwalt, Brüssel

(Art. 101 Abs. 2 AEUV; Art. 21 VO 1/2003; Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

Dr. Philipp Voet van Vormizeele

Rechtsanwalt, Düsseldorf

(Art. 101 Abs. 1, 3 AEUV; Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*)

Jan Vollkammer

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
(4. Teil: Fusionskontrolle in den Mitgliedstaaten)

*Christian Vollrath, LL.M. (London), Maîtrise en Droit (Montpellier)***

Juristischer Dienst, Europäische Kommission, Brüssel
(Art. 12, 16 VO 1/2003)

Dr. Christian von Köckritz

Rechtsanwalt, Brüssel
(Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*)

*Bernhard von Wendland, Dipl. Finanzwirt***

Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel
(Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

Dr. Christian Wagner

Rechtsanwalt, Brüssel
(Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

Michael Jürgen Werner, LL.M. (King's College London)

Rechtsanwalt, Brüssel
(3. Teil: Vorschriften für den Bereich der Landwirtschaft; 6. Teil: Beihilfavorschriften für die Landwirtschaft)

Dr. Rainer Wesselby, LL.M.

Rechtsanwalt, Brüssel
(Art. 101 Abs. 3 AEUV – Fallgruppen*)

*Thomas Wiese***

Europäisches Parlament, Brüssel
(Art. 107 Abs. 3 AEUV*)

*Bernhard Windisch***

Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Europäische Kommission, Brüssel
(Art. 107 Abs. 3 AEUV*; 6. Teil: Ausfuhrbeihilfen und Beihilfen im Bereich von Exportkreditversicherungen)

Prof. Dr. Philipp Zurkinden

Rechtsanwalt, Bern
(2. Teil: Anwendung auf Unternehmen in Drittstaaten; 7. Teil: Völkerrechtliche Abkommen mit Drittstaaten*)

* Die Autorin/der Autor hat einen aus der Fußzeile am jeweiligen Ort der Kommentierung ausgewiesenen Teil des Gesamtbeitrags verfasst.

** Die in der Veröffentlichung vertretenen Auffassungen sind jene der Autorin/des Autors und sind unter keinen Umständen als eine offizielle Stellungnahme der Einrichtung zu betrachten, für die sie/er tätig ist.